

## Die europäischen Parteienzusammenschlüsse

RUDOLF HRBEK

Drei Themen- und Problembereiche bestimmen seit den dritten Direktwahlen des Europäischen Parlaments die Arbeit der transnationalen Parteibünde: die konkreten Projekte zur Vertiefung der EG-Integration; der tiefgreifende Wandel in den Staaten und Gesellschaften Mittel- und Osteuropas; Überlegungen zur Strukturreform der europäischen Parteibünde. Was die Vertiefung der EG-Integration betrifft, sprachen sich alle drei transnationalen Parteibünde für die erforderlichen Maßnahmen und Entscheidungen aus. Das betrifft die Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Ergänzung des Binnenmarktes um die soziale Dimension, schließlich auch Maßnahmen zur Weiterentwicklung des EG-Institutionensystems. Keine der drei Parteiföderationen gibt einer Erweiterung der EG Vorrang vor der Vertiefung; letztere wird als unerläßliche Voraussetzung dafür angesehen, daß die Gemeinschaft auf die neuen Herausforderungen eine produktive Antwort geben kann. Die Frage der künftigen Architektur Europas stand damit bei allen drei Parteibünden auf der Tagesordnung.

Sie begrüßten übereinstimmend den Wandel in Mittel- und Osteuropa und forderten verstärkte Unterstützungsmaßnahmen der EG-Mitgliedstaaten. Sie unterstützen die vom Europäischen Rat angebotene engere Verbindung der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas zur EG, sofern die politischen und wirtschaftlichen Reformen erkennbare Erfolge aufweisen. Alle drei Parteibünde befaßten sich mit der Frage der künftigen Beziehungen zu den neu entstehenden Parteien bzw. politischen Gruppierungen in diesem Raum. In allen drei Fällen waren die Anknüpfung von Arbeitskontakten und die Entstehung von sich rasch intensivierenden Kommunikationsbeziehungen zu beobachten. Entscheidungen über eine institutionalisierte Form der Anbindung erfolgten jedoch noch nicht, weil das Parteienspektrum in diesen Staaten sicherlich noch nicht seine endgültige Form gefunden hat. Die Frage der Beziehungen zu den Parteien in Mittel- und Osteuropa steht in engem Zusammenhang mit Überlegungen zur Reform der Struktur der Parteibünde. Die Reformbestrebungen stehen allesamt unter dem Vorzeichen der Alternative Vertiefung oder Erweiterung. Es gibt unverkennbare Anzeichen dafür, daß dabei der Vertiefung Priorität gegeben wird. Wie zu zeigen sein wird, wurden in sehr grundsätzlicher Form Probleme transnationaler Parteienzusammenarbeit und der Stabilisierung europäischer Parteiorganisationen erörtert. In diesen Diskussionen spiegelten sich die Erfahrungen der letzten eineinhalb Jahrzehnte. Die offensichtliche Präferenz für Vertiefung entspricht im übrigen dem Geschehen innerhalb der EG.

### *Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG*

Ungeachtet nach wie vor bestehender Meinungsverschiedenheiten – gerade auch in politisch wichtigen Fragen, die sich auf Politik und Entwicklung der EG beziehen – haben sich die im Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG (im folgenden: Bund) vereinigten Parteien seit 1987/88 um eine Intensivierung ihrer Zusammenarbeit bemüht. Die Fortsetzung dieser Bemühungen wurde durch die drei folgenden Faktoren begünstigt. Bei den dritten Direktwahlen zum Europäischen Parlament hatten die im Bund zusammengeschlossenen Parteien des demokratischen Sozialismus insgesamt erfolgreich abgeschnitten<sup>1</sup>; die sozialistische Fraktion hat Mitglieder aus allen EG-Mitgliedstaaten und ist wiederum die deutlich stärkste Gruppe. Ihr kommt damit, ebenso wie der Fraktion der christlich-demokratischen Europäischen Volkspartei (EVP), besondere Verantwortung zu, das Gewicht des EP wirkungsvoll zur Geltung zu bringen<sup>2</sup>. Zweitens ist die Haltung der britischen Labour Party<sup>3</sup> und der dänischen Sozialdemokratie dem EG-Integrationsprozeß gegenüber deutlich positiver, was Bemühungen zu größerer Geschlossenheit förderlich ist. Schließlich stellen die Vorgänge in Mittel- und Osteuropa für alle Mitgliedsparteien des Bundes eine Herausforderung dar und sie stimmen in den Grundzügen ihrer Reaktion überein.

Konkreten Ausdruck fanden die Bemühungen um eine Intensivierung der Zusammenarbeit zum einen in den nunmehr regelmäßig abgehaltenen Parteiführer-Konferenzen. Am 28./29. 6. 1989, also unmittelbar im Anschluß an die Direktwahlen und die Tagung des Europäischen Rates in Madrid, trafen sich die Parteiführer in Paris. Die nächsten Zusammenkünfte waren am 13./14. 11. 1989 in Lissabon sowie am 5. 6. 1990 in Dublin. Am 23./24. 3. 1990 fand eine um die Vorsitzenden der Parteien des demokratischen Sozialismus aus den EFTA-Staaten erweiterte Parteiführer-Konferenz in Wien statt; sie knüpfte an die Berliner Konferenz vom November 1988 an. Die Beratungen der Parteiführer-Konferenzen bezogen sich primär auf die verschiedenen Vorhaben zur Weiterentwicklung der EG-Integration und die Vorgänge in Mittel- und Osteuropa; die Wiener Gipfelkonferenz behandelte darüber hinaus das spezielle Problem der Beziehungen EG-EFTA.

Zum zweiten fanden die Bemühungen um eine intensivere Zusammenarbeit Ausdruck in den auf dem Kongreß des Bundes im Februar 1990 in Berlin erfolgten Beratungen über die Vorschläge einer speziell eingesetzten Arbeitsgruppe zum Thema "Stärkung des Bundes"<sup>4</sup>. In den vorbereitenden Arbeiten waren gegensätzliche Auffassungen aufeinander geprallt: Auf der einen Seite standen die Befürworter einer Erweiterung des Bundes, die die Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Beobachtern aufheben wollen; zunächst sollen die Parteien aus den EFTA-Staaten, sodann – schrittweise – Parteien aus mittel- und osteuropäischen Staaten einbezogen werden. Dieser auch von der SPD favorisierten Linie stand die Gegenposition derer gegenüber, die eine Vertiefung des Bundes anstrebten, z. B. die französischen Sozialisten. Der vom Niederländer Wim Kok

erstellte Bericht der Arbeitsgruppe, der dem Kongreß vorgelegt und von diesem dann angenommen wurde, entschied diese Kontroverse durch einen Kompromiß. Das Statut des Bundes wurde dahingehend geändert, daß nunmehr zwischen Mitgliedern, assoziierten Parteien und Parteien mit Beobachter-Status unterschieden wird. Für die Parteien des demokratischen Sozialismus aus EFTA-Staaten war der neue Status der Assoziation vorgesehen; es handelt sich um die Parteien aus Norwegen, Schweden, Finnland, Island und der Schweiz. Die Parteien mit Beobachter-Status kommen aus Israel, Malta, Zypern und der Türkei. Beobachter-Status erhielt außerdem – als Sonderfall – die SPD der DDR; sie ist nämlich weder Mitglied der Sozialistischen Internationale, noch stammt sie aus einem Land, welches einen förmlichen Beitrittsantrag zur EG gestellt hat. Mit der in Kürze erfolgenden Vereinigung der SPD der DDR mit der SPD der Bundesrepublik wird die nur für eine Übergangszeit gewählte Sonderlösung obsolet. Der Sozialistischen Partei Österreichs wurde nunmehr Mitglieder-Status gegeben; die Statuten erlauben auch die Aufnahme von Parteien aus Nicht-EG-Mitgliedstaaten, sofern ein Beitrittsantrag gestellt wurde. Die deutliche Entspannung in den Ost-West-Beziehungen, die den Widerstand der Sowjetunion gegen eine EG-Mitgliedschaft Österreichs eher unwahrscheinlich macht, hat diese Entscheidung des Bundes zweifellos begünstigt.

Neben dem Kompromiß in der Frage Vertiefung oder Erweiterung des Bundes sieht die Entschließung des Kongresses zum Thema "Stärkung des Bundes" eine Reihe konkreter Punkte vor. Als wichtigstes Organisationsziel wird die "kontinuierliche programmatische und politische Koordination" innerhalb des Bundes bezeichnet. Es soll ein Lenkungsausschuß für die Entwicklung politischer Strategien eingesetzt werden, der die programmatischen Aussagen des Wahlmanifests 1989 fortschreiben soll. Es soll weiter diskutiert werden, ob die bislang vom Statut geforderte Beschlußfassung durch Konsens durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen, für einige Politikbereiche, ergänzt werden könnte. Der Ausgang dieser Beratungen wird ein aussagekräftiges Indiz für die Kohäsion des Bundes und die Bereitschaft der Mitgliedsparteien zu dauerhaftem Engagement auf EG-Ebene sein. Weiterhin soll die Zusammenarbeit mit den Schwesterparteien aus den EFTA-Staaten sowie aus Mittel- und Osteuropa intensiviert werden. Der organisatorischen Stärkung dienen Vorhaben wie die Einrichtung eines Dokumentationszentrums, die Herausgabe (gemeinsam mit der EP-Fraktion) eines monatlichen Bulletins, die Einrichtung eines Praktikanten-Fonds und die Durchführung von Sommerkursen. Die Einlösung dieser insgesamt ehrgeizigen Ziele ist mit den gegenwärtig zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen des Bundes, also des Generalsekretariats, schwerlich möglich; eine Beitragserhöhung erweist sich insofern als vordringlich.

Präsident des Bundes ist der Belgier Guy Spitaels, der nach dem Rücktritt des Portugiesen Vitor Constancio bereits im Februar 1989 interimistisch zum Präsidenten bestellt worden war. Als Vizepräsidenten wurden auf der Vorstandssitzung im März 1990 in Wien die Spanierin Elena Flores, der Franzose Gérard

Fuchs, der Brite Roy Hattersley, der Niederländer Thijo Wöltgens und der Italiener Leleo Lagorio bestellt. Neuer Generalsekretär ist der Deutsche Axel Hanisch; er wurde im Oktober 1989 ernannt. Schatzmeister bleibt weiterhin der Luxemburger Raymond Becher. Die Führung wird vervollständigt durch den Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion im EP, den Franzosen Jean Cot. Auf dem Kongreß in Berlin wurden Arbeitsgruppen zu den Themen Europäische Union (Vorsitz: Fuchs), mittel- und osteuropäische Staaten (Vorsitz: Hattersley), Wirtschafts- und Währungsunion (Vorsitz: Wöltgens), soziale Union (Vorsitz: Flores) und Umwelt (Vorsitz: Heinke Salisch) eingesetzt.

Inhaltlich lassen sich in der Arbeit des Bundes einige Schwerpunkte ausmachen. Was die Entwicklung der EG betrifft, galt die besondere Aufmerksamkeit des Bundes der Umweltschutzpolitik sowie der sozialen Dimension. Wie der Europäische Rat spricht sich auch der Bund für die Einrichtung einer Umweltagentur aus; Steuerpolitik wird als ein Hebel aktiver Umweltpolitik empfohlen. Was die soziale Dimension betrifft, so kritisieren die Mitgliedsparteien, daß gegenüber den Fortschritten bei der Vollendung des Binnenmarktes hier erheblicher Nachholbedarf herrsche. Sie setzen hierbei auf den sozialen Dialog als regelmäßige Einrichtung, vor allem aber auf eine Charta sozialer Grundrechte, die verbindliche Rechtsnormen festlegt. Unverkennbar sind Interessenunterschiede zwischen Parteien aus verschiedenen Mitgliedstaaten: Während südeuropäische Parteien hier eher für allgemeine Formulierungen waren, weil sie auf den Standort-Vorteil niedrigerer und damit billigerer Sozialleistungen nicht verzichten wollen, waren Parteien aus den nordeuropäischen Mitgliedstaaten aus Sorge vor "Sozialdumping" für weitergehende Forderungen. Die im Dezember 1989 schließlich erfolgten Beschlüsse des Europäischen Rates wurden als erster Schritt bezeichnet<sup>5</sup>. In Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion blieben die Aussagen des Bundes eher allgemein; hier kommen die Vorbehalte der britischen Labour Party nach wie vor zur Geltung.

Ein zweiter Themenschwerpunkt bezieht sich auf das Entscheidungssystem der EG. Während bisher angesichts von Vorbehalten insbesondere der Briten und Dänen kaum gemeinsame Aussagen zu institutionellen Reformen möglich waren, werden neuerdings zwei, wenn auch bescheidene, Reformen gefordert. Der Rat soll für Entscheidungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes sowie der Einführung von sozialen Mindeststandards Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit treffen, wie sie auch bei Entscheidungen über die Vollendung des Binnenmarktes die Regel sind. Für das Europäische Parlament werden Mitentscheidungsrechte bei der Gesetzgebung gefordert, wobei sich dies allerdings nur auf ein Initiativrecht und bessere Kontrollrechte bezieht.

Ein dritter Themenschwerpunkt hat die künftige Architektur Europas zum Gegenstand. Die Parteien des Bundes befürworten die Errichtung eines Europäischen Wirtschaftsraumes, der weit über den EG-Binnenmarkt hinausgeht. Zum einen sollen die EFTA-Staaten einbezogen werden, mittelfristig aber auch die Staaten Mittel- und Osteuropas, sofern sie in ihren Reformbemühungen erfolg-

reich sind. Sehr klar sprechen sich die Parteien des Bundes dafür aus, daß die Vertiefung der EG die Voraussetzung für solche Erweiterungsmaßnahmen ist; als Modell für das Zusammenleben europäischer Staaten müsse die EG gestärkt werden. Was die Rechtsform einer solchen Ausweitung der Zwölferegemeinschaft angeht, sehen die Parteien des Bundes ein weites Spektrum vor, welches von Freihandelsabkommen über die Assoziation bis zur Mitgliedschaft reicht. Von den Entwicklungen in der DDR wurden die Parteien des Bundes unvorbereitet getroffen. Die Perspektive einer möglicherweise raschen Vereinigung löste auch hier nicht unerhebliche Irritationen aus. Schließlich trafen sich aber alle Parteien auf der Grundlage von Positionen, wie sie für die EG-Mitgliedstaaten auf dem Sondergipfel in Dublin im April 1990 abschließend formuliert wurden. Die Vereinigung Deutschlands, als Ausdruck und Vollzug des Selbstbestimmungsrechts, wird begrüßt; sie müsse im Zusammenhang mit dem EG-Integrationsprozeß erfolgen. Ein letzter Punkt betrifft die Reaktion des Bundes auf den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa. Sowohl in der Erklärung der Parteiführer-Konferenz vom November 1989 als auch in der Kongreß-Resolution wird die Auffassung zurückgewiesen, daß die Vorgänge in Mittel- und Osteuropa "einen Sieg des Kapitalismus über den demokratischen Sozialismus darstellten". Die Parteien des Bundes stellen dem die Aussage gegenüber, daß Freiheit und Sozialismus untrennbar miteinander verbunden seien. Die damit beabsichtigte deutliche Abgrenzung gegenüber kommunistischen Regimen folgte mit Blick auf die innenpolitischen Auseinandersetzungen; konkurrierenden Parteien sollte so die Möglichkeit genommen oder zumindest erschwert werden, aus den Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa parteipolitischen Nutzen zu Lasten der Parteien des demokratischen Sozialismus zu ziehen.

#### *Die Europäischen Liberalen, Demokraten und Reformer (ELDR)*

Die ELDR waren mit dem Ergebnis der dritten europäischen Direktwahlen insgesamt zufrieden. Den deutschen Liberalen, die 1984 an der 5%-Hürde gescheitert waren, gelang der Wiedereintritt; damit sind mit Ausnahme Griechenlands und Großbritanniens alle EG-Mitgliedstaaten mit liberalen Abgeordneten im EP vertreten. Die liberale Fraktion ist mit insgesamt 49 Mitgliedern nunmehr die drittstärkste nach den Sozialisten und Christdemokraten. Die fünf Abgeordneten der spanischen Union des demokratischen Zentrums (CDS) schlossen sich der Fraktion an, nachdem die Partei Vollmitglied der ELDR geworden war<sup>6</sup>. Innerhalb der ELDR war die Frage erörtert worden, ob eine Erweiterung der Parteiföderation um Parteien aus EFTA-Ländern, die dann den Status von Beobachtern erhalten würden, angestrebt werden sollte; ähnliche Überlegungen bezogen sich auch auf neugegründete liberale Gruppierungen in Mittel- und Osteuropa. Der zunächst ausgesprochene Verzicht auf eine solche Erweiterung wurde mit der erkennbar gewordenen Kohärenz der ELDR begründet, die sich insbesondere in den Aussagen zu Politik und Entwicklung der EG zeigt. Eine

Erweiterung würde die Gefahr einer Aufweichung mit sich bringen und die Stärkung der in der Parteiföderation bereits erreichten Identität erschweren. Dennoch wird das Fehlen einer dritten Ebene zwischen Liberaler Internationaler einerseits und den ELDR, die auf die EG beschränkt sind, andererseits gesehen.

Nachdem der Jahreskongreß 1988 erst im Dezember in Luxemburg stattgefunden und die Vorbereitung auf die Direktwahlen sowohl die Kräfte der ELDR-Gremien und Amtsträger als auch der nationalen Mitgliedsparteien gebunden hatte, entschloß man sich, entgegen den Regeln des Statuts, 1989 keinen Kongreß durchzuführen; er wurde stattdessen auf Juni 1990 in Dublin terminiert. Der Vorgang weist auf ein generelles Dilemma transnationaler Parteienarbeit hin, welches bei den Liberalen, die überall nur kleine Parteien sind, besonders deutlich hervortritt: Für diesen Teil der Parteiaktivitäten stehen nur begrenzte Kapazitäten und Ressourcen zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund kommt der 1988 eingeführten und zweimal jährlich tagenden Konferenz der Generalsekretäre der Mitgliedsparteien der ELDR eine besondere Bedeutung zu. Das Gremium versteht sich als eine Institution, die der Arbeit der ELDR Impulse geben, für Kontinuität sorgen und die Kohärenz der Arbeit sichern helfen soll. Hier werden insbesondere auch Vorarbeiten für die besonders wichtigen, nicht zuletzt öffentlichkeitswirksamen Parteiführer-Treffen geleistet. Im April 1989 (Lissabon) befaßten sich die Generalsekretäre mit Fragen der EG-internen Entwicklung, während ihre Zusammenkunft in Sintra im November 1989 dem seither beherrschenden Thema der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa gewidmet war.

Die Parteiführer-Konferenz vom 10. April 1989 in Kopenhagen, an der auch andere an führender Stelle tätige liberale Politiker teilnahmen, darunter auch die Mitglieder der EG-Kommission, die liberalen Mitgliedsparteien angehören, war als Auftakt zu den Direktwahlen gedacht. Inhaltlich dominierten daneben verschiedene Aspekte der Außenbeziehungen der EG. Die Parteiführer sprachen sich nachdrücklich für eine "offene Gemeinschaft" aus und forderten, daß alles getan werde müsse, um nirgends den Eindruck einer "Festung Europa" entstehen zu lassen. Die recht allgemein gehaltene Resolution nimmt dabei zu verschiedenen Punkten Stellung: Hinsichtlich der Beziehungen zu den EFTA-Staaten soll eine strukturierte Partnerschaft erarbeitet werden, wobei die Herausbildung eines Europäischen Wirtschaftsraums keine à-la-carte-Mitgliedschaft für Drittstaaten bedeuten dürfe; die Süderweiterung der EG gebe der Gestaltung der Beziehungen zu Lateinamerika eine zusätzlich gute Grundlage; die augenblickliche Dynamik der EG-Integration solle und werde sich positiv auf die Gestaltung der atlantischen Beziehungen auswirken; den Staaten der Dritten Welt müsse von der EG eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Partnerschaft angeboten werden; der Reformprozeß in Mittel- und Osteuropa müsse gerade auch von der EG ermutigt werden.

Am 17. 2. 1990 fand eine Parteiführer-Konferenz in Potsdam statt, die auch die Liberale Internationale miteinschloß. Es ging um die Formulierung einer liberalen Strategie angesichts der tiefgreifenden Veränderungen und raschen

Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Die Konferenz sprach sich für substantielle Unterstützungsmaßnahmen an alle Staaten aus, bei denen der politische und wirtschaftliche Reformprozeß erkennbar Fortschritte mache. Durchgreifende Wirtschaftsreformen und die Einführung der Marktwirtschaft wurden als unerläßliche Bedingungen für die Lösung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Probleme bezeichnet. Die Ankündigung der EG-Mitgliedsregierungen, die Handels- und Kooperationsabkommen zu Assoziierungsabkommen auszubauen, wurde begrüßt. Gleichfalls begrüßt wurde die Vereinigung Deutschlands, wobei aber ausdrücklich hinzugefügt wurde: in den gegenwärtigen Grenzen. Der Vereinigungsprozeß müsse in den festen Rahmen des europäischen Integrationsprozesses eingefügt werden. Der Beschleunigung der EG-Integration komme in der gegenwärtigen Situation eine ausschlaggebende Rolle zu. Schließlich kündigten die Parteiführer an, liberalen Parteien und Gruppierungen in Mittel- und Osteuropa helfen und in absehbarer Zeit einen gemeinsamen Kongreß von Liberaler Internationale, ELDR und entsprechenden Parteigruppen aus diesem Raum abhalten zu wollen.

Das Exekutivkomitee trat im März und Juli 1989 in Brüssel, im Oktober 1989 in Straßburg und im Dezember 1989 in Paris, dann wieder im März 1990 in Brüssel zusammen. Ging es bei den ersten beiden Treffen um die Vorbereitung des Wahlkampfes sowie die Vorbereitung der Parteiführer-Konferenz einerseits und die Erörterung der Wahlergebnisse andererseits, stand im Oktober das Projekt der Währungsunion im Vordergrund. Danach dominierten die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa die Beratungen. Insgesamt zeichnet sich eine gewisse Arbeitsteilung ab: Die Liberale Fraktion des EP befaßt sich mit den aktuellen Fragen der EG-Entwicklung; die ELDR behandeln Fragen, die über den EG-Rahmen hinausgehen. Für Kontinuität und Kohärenz der ELDR wäre sicherlich vorteilhaft, wenn der Vorstand – er besteht aus dem Präsidenten, den drei Vizepräsidenten, dem Generalsekretär, dem Schatzmeister und dem Vorsitzenden der Liberalen Fraktion im EP – häufiger tagen und der Arbeit der Parteiföderation und damit auch den nationalen Mitgliedsparteien entsprechende richtungweisende Impulse geben würde. Arbeitsgruppen, die früher zu mehreren Themen eingerichtet worden waren und mehr oder weniger regelmäßig getagt hatten, spielen in der Arbeit der ELDR praktisch keine Rolle mehr<sup>7</sup>. Die einzige noch verbliebene Arbeitsgruppe befaßt sich mit Fragen der Kultur; sie tagte lediglich im Oktober 1989 in Saarbrücken. Der im Vorfeld der Direktwahlen regelmäßig herausgegebene "ELDR-Newsletter" wurde auch nach den Wahlen im Juni 1989 beibehalten<sup>8</sup>. Er enthält wichtige Resolutionen von ELDR-Gremien, gibt eine Vorausschau auf Arbeiten und Termine der Parteiföderation, greift in einem Editorial jeweils aktuelle Probleme auf und enthält schließlich wichtige Reden von Mitgliedern der Liberalen Fraktion des EP; damit soll die Verbindung zwischen Parteiföderation und Fraktion gefördert werden.

Zu den thematischen Schwerpunkten in der Arbeit der ELDR gehörte auch die Forderung, die Europäische Währungsunion zu forcieren und auf dieser

Grundlage eine Wirtschafts- und Währungsunion sowie eine Politische Union aufzubauen. Dementsprechend war gefordert worden, die Regierungskonferenz bereits Mitte 1990 abzuhalten. Ein weiteres EG-Thema, zu dem sich die ELDR ausführlicher äußerten, war die soziale Dimension, die als integraler Aspekt auf dem Weg zum Binnenmarkt bezeichnet wurde. Die Charta sozialer Grundrechte und das darauf aufbauende Aktionsprogramm der EG-Kommission wurden als erste Schritte in die richtige Richtung begrüßt; beides würde liberalen Grundsätzen entsprechen. Die Konvergenz national noch unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Systeme würde allerdings in erster Linie durch den Wettbewerb zustande kommen; Gemeinschaftsmaßnahmen hätten nur komplementär-begleitende Funktion. Sozialpolitik müsse primär in der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleiben. Die ELDR sprachen sich auch unzweideutig gegen eine zu rasche Harmonisierung von Löhnen aus, weil sonst die Entwicklungschancen der südeuropäischen Mitgliedstaaten, die hier noch Wettbewerbsvorteile haben, geschmälert würden. Die Beschleunigung und Vertiefung der EG-Integration sehen die ELDR-Parteien als vorrangig an, weil nur so den verschiedensten Herausforderungen erfolgreich begegnet werden könne.

### *Die Europäische Volkspartei (EVP) und die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD)*

Drei Probleme standen im Mittelpunkt der Arbeiten von EVP und EUCD. Zum einen ging es um die künftigen Beziehungen zwischen beiden transnationalen Parteiorganisationen, also um das bereits seit Jahren diskutierte Projekt einer Reform von EVP und EUCD. Der zweite Problemkreis ergab sich aus den Herausforderungen durch die tiefgreifenden Veränderungen in Mittel- und Osteuropa. Schließlich ging es um die Positionsbestimmung der Christlichen Demokraten zu den verschiedenen Vorhaben der Weiterentwicklung der EG. Die Beratungen in den verschiedenen Gremien von EVP und EUCD zeigten, daß sich die Verantwortlichen des inneren Zusammenhangs der drei Problemkreise bewußt waren. Im Mittelpunkt der Reformdiskussion stand die Frage, ob EVP und EUCD fusionieren sollen. Schienen in den Diskussionen bis ins Jahr 1989 hinein zunächst die Weichen in Richtung auf Fusion gestellt<sup>9</sup>, laufen die in der Zwischenzeit ausgearbeiteten Vorschläge, die den Gremien Ende 1990 zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden, auf die Beibehaltung des Nebeneinander hinaus. Der Wandel in Mittel- und Osteuropa, zu dem nicht zuletzt auch die Gründung einer Vielzahl von eigenständigen Parteien bzw. politischen Gruppen christlich-demokratischer Provenienz gehört<sup>10</sup>, hat zweifellos dazu beigetragen, den Nutzen einer auf konföderalen Strukturen beruhenden EUCD anders und das heißt positiver zu bewerten. Sie soll als Rahmenorganisation, der sich christlich-demokratische Parteien aus Nicht-EG-Mitgliedstaaten eingliedern, beibehalten werden. Verbindungen zur EVP sind dabei gewährleistet. Mitglieder in der EVP sollen ausschließlich Parteien aus EG-Mitgliedstaaten sein, während Parteien aus

Staaten, die einen Beitrittsantrag zur EG gestellt haben, den Status assoziierter Mitglieder erhalten können. Schließlich soll es noch die Kategorie von Beobachtern geben.

Die Entscheidung für die Beibehaltung des Nebeneinander von zwei Organisationen gibt der EVP sicherlich bessere Möglichkeiten zur Steigerung ihrer Kohäsion und zu größerer Effizienz; hier liegt ein zweiter Grund für die schließlich erfolgte Absage an den Fusionsgedanken. So war es denn auch nur konsequent, daß im Zusammenhang mit den Beratungen über die Reform ganz grundlegende Überlegungen zu allen Aspekten transnationaler Parteiorganisationen angestellt wurden. Sie haben ihren Niederschlag in einer Reihe von konkreten Vorschlägen zu einer Reform der Satzung der EVP gefunden, über die der EVP-Kongreß im November 1990 in Dublin abschließend befinden wird.

Vorbereitet wurden diese Vorschläge von der Arbeitsgruppe Reform<sup>11</sup>, die ihren Bericht über die künftige Zusammenarbeit christlich-demokratischer Parteien in der EVP zum Jahresbeginn 1990 vorlegte. Ausgangspunkt dieses Berichts ist die These, daß angesichts der Vertiefung der EG-Integration auch die transnationale Parteienzusammenarbeit eine neue Qualität annehmen müsse. Es gelte, die übernationale Dimension der Parteilarbeit zu verstärken und auch im Alltag der Parteienkooperation zur Wirksamkeit zu bringen. Nur dann könnten die in der EVP zusammengeschlossenen Parteien ihren Anspruch aufrechterhalten, die parteipolitisch führende Kraft im europäischen Integrationsprozeß zu sein. In den Beratungen der Arbeitsgruppe Reform wurde auf die nach wie vor bestehenden Kommunikationsprobleme zwischen EVP einerseits und nationalen Mitgliedsparteien andererseits hingewiesen; in diesem Zusammenhang wurde besonders kritisiert, daß das Engagement der auf nationaler Ebene führenden Parteirepräsentanten in der EVP-Arbeit nicht ausreichend sei. Auch die Zusammenarbeit nationaler Parteien sei erheblich verbesserungsbedürftig. Um Geschlossenheit und Effizienz der EVP zu steigern, wurden eine Reihe konkreter Vorschläge unterbreitet. Die Mitgliedsparteien sollten ihre bilateralen Beziehungen vertiefen; das Entstehen zuverlässiger Netzwerke sei anzustreben. Die Parteien sollten mehr über die Arbeit der EVP informieren und zu wirklicher Identifikation mit der europäischen Parteiorganisation bereit sein. Vordringlich sei, daß sich die Vorsitzenden der nationalen Parteien auch in der Alltagsarbeit der EVP engagieren und ihre diesbezüglichen Aktivitäten nicht nur auf die Parteiführertreffen reduzieren. Um einer Verdichtung der Kommunikationsbeziehungen willen müßten die Verantwortlichen der EVP fester in den nationalen Parteiorganisationen verankert werden; auch die Koordinierung zwischen den Führungen der EVP und ihrer Fraktion im EP sollte verbessert werden. Weil der Koordinierungsbedarf auf dem Gebiet der Gesetzgebung im Zuge der fortschreitenden EG-Integration zunehme, müßten die Parlamentsfraktionen der Mitgliedsparteien noch intensiver zusammenarbeiten; den Studientagen der EVP-Fraktion wird hier besondere Bedeutung zugeschrieben. Christlich-demokratische Politiker, die auf gouvernementaler Ebene Verantwortung tragen, sollten zu mehr informellen Treffen zusam-

menkommen. All diese Einzelvorschläge zielen auf ein besseres Funktionieren der EVP als europäischer Parteiorganisation und auf die Vertiefung der Kontakte der Mitgliedsparteien unter dem Dach der EVP.

Im Anschluß an die Direktwahlen im Juni 1989 sah sich die EVP mit dem Wunsch der britischen Konservativen konfrontiert, der EVP-Fraktion im EP beizutreten. Auch wenn es in der Alltagsarbeit des EP immer wieder, auch in wichtigen Fragen, Übereinstimmung zwischen der EVP-Fraktion und den britischen Konservativen gibt, wurde der Aufnahme der britischen Konservativen in die Fraktion eine Absage erteilt<sup>12</sup>. Der von der britischen Premierministerin Thatcher betriebene Kurs, vor allem auch in der Europapolitik, war mit der Position der EVP unvereinbar. So wurde lediglich ins Auge gefaßt, in einen kontinuierlichen Dialog einzutreten, der mittelfristig ein höheres Maß an Gemeinsamkeit ergeben soll. Über die Perspektiven dieses Dialogs bestehen allerdings unterschiedliche Vorstellungen unter den Abgeordneten und ihren Parteien. Die beabsichtigte Straffung der EVP wird auch die Entscheidung dieser Frage stark beeinflussen.

Der tiefgreifende Wandel in den Staaten Mittel- und Osteuropas wurde von allen Gremien der EVP und der EUCD nachdrücklich begrüßt. Sowohl die konkreten materiellen Hilfsprogramme als auch die verschiedenen Bemühungen zu einer Intensivierung der Beziehungen zwischen den Staaten dieses Raums und Westeuropa fanden uneingeschränkte Unterstützung. Es bestand Übereinstimmung, daß gute Chancen bestehen, dem europäischen Kontinent eine gänzlich neue Architektur zu geben. In diesem Zusammenhang wurde auch der Vereinigungsprozeß Deutschlands und seine Einbeziehung in den europäischen Einigungsprozeß gutgeheißen. Die Beratungen zeigten jedoch auch einen Bedarf, auf neue Fragen konkrete Antworten zu geben. Das betrifft beispielsweise das künftige Verhältnis zur Sowjetunion, die Ausarbeitung neuer Sicherheitsmodelle angesichts der Beendigung der Ost-West-Konfrontation, aber auch die Frage einer künftigen Erweiterung der EG oder von Arrangements zwischen der EG und verschiedenen Gruppen von Drittstaaten. Die Beratungen in den Parteigremien spiegeln insofern die Beratungen auf gouvernementaler Ebene. Übereinstimmend und mit großem Nachdruck wurde von den Gremien die Auffassung vertreten, daß gerade im Interesse einer produktiven Antwort auf die Herausforderungen durch den Wandel in Mittel- und Osteuropa die Stärkung und Vertiefung der EG mit Nachdruck forciert werden müsse.

Was das Verhältnis zu den zahlreichen neu entstehenden christlich-demokratischen Parteien oder losen politischen Gruppen betrifft, so sieht sich die EUCD einer Flut von Beitrittsanträgen gegenüber. Die Reaktion darauf ist verständlicherweise zurückhaltend gewesen, da die rasche Gründung zahlreicher, häufig recht ähnlicher Gruppierungen in der Reform-Aufbruchphase noch nichts über den Bestand solcher Organisationen und die endgültige Parteienstruktur des betreffenden Landes aussagt. Im März 1990 fand in Budapest der Kongreß der Union Christlicher Demokraten Mitteleuropas (UCDEC) statt, die seit 1950 als

Organisation zahlreicher Exilparteien besteht. Sie versteht sich zugleich als Regionalorganisation der Christlich-Demokratischen Internationale (CDI). Auf dem Kongreß wurde deutliches Interesse an einer Mitgliedschaft in der EUCD geäußert, wobei noch völlig offen ist, ob es sich um den Beitritt der Regionalorganisation oder um den Beitritt einzelner Parteien handeln soll. Auch die geographische Beschränkung auf Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und die baltischen Staaten wirft Probleme auf. EVP und EUCD konzentrieren sich daher zunächst darauf, Kontakte zu den zahlreichen Gruppierungen zu pflegen, sie zu den Sitzungen der eigenen Gremien einzuladen und auch materielle Hilfe zu gewähren. Es zeichnet sich jedoch ab, daß die EUCD in absehbarer Zeit ihren Mitgliederbestand erweitern wird<sup>13</sup>.

Was die Weiterentwicklung der EG und die Vertiefung der Integration betrifft, so setzen die europäischen Christlichen Demokraten große Erwartungen auf die für Ende 1990 anberaumte Regierungskonferenz. In den Beratungen der EVP-Gremien wurde auch deutlich, daß der Ausgestaltung der sozialen Dimension große Bedeutung zugeschrieben wird. Die Mitgliedsparteien erwarten, daß die Charta sozialer Grundrechte verbindliche Normen setzt. Für den EVP-Kongreß im November 1990 in Dublin wird als zentrales Dokument ein Papier zum Thema "Eine föderale Verfassung für die Europäische Union" vorbereitet. Der Kongreß wird also zu einem wesentlichen Teil eine Verfassungsdebatte führen und damit Vorstellungen über die Finalität des Integrationsprozesses zu formulieren versuchen.

Neben den routinemäßigen Sitzungen der politischen Führung, sowohl von EVP als auch von EUCD, sind folgende Gremienzusammenkünfte besonders herauszuheben. Am 6./7. November 1989 fand in Malta der 23. Kongreß der EUCD statt, an dem Vertreter christlich-demokratischer Parteien aus Mittel- und Osteuropa teilnahmen. Das Thema des Kongresses waren die "Innereuropäischen Beziehungen". Der Kongreß verabschiedete hierzu eine Resolution über die Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas, eine weitere Resolution, die "Verschiedene Wege zur Einheit Europas" benennt, sowie eine der Umweltproblematik gewidmete Resolution<sup>14</sup>. Am 17. 2. 1990 kamen in Pisa die christlich-demokratischen Partei- und Regierungschefs der EVP zusammen. Im Mittelpunkt ihrer Beratungen standen die deutsche Frage sowie die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Außerdem ist auf die Arbeiten der Kommissionen für Internationale Politik, für Sicherheit und Verteidigung sowie für Rechtspolitik zu verweisen; schließlich auf das Wirken der Arbeitsgruppen für die Beziehungen zu den Parteien Mittel- und Osteuropas, über Probleme Lateinamerikas, über die geistigen Grundlagen christlich-demokratischer Politik und über die Europäische Union. Auf der Sitzung des Politischen Büros der EVP am 10. Mai 1990 in Brüssel wurden wichtige Personalentscheidungen getroffen. Zum Präsidenten der EVP wurde der Belgier Martens gewählt. Vizepräsidenten sind der Ire Dukes, der Franzose Méhaignerie, der Italiener Orsini, der Deutsche Tandler, der

Niederländer Van Velzen und der Grieche Varvitsiotis. Als Schatzmeisterin wurde die Belgierin De Backer bestätigt.

### Anmerkungen

- 1 Die Ergebnisse der dritten Direktwahlen sind dokumentiert im Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89, S. 433 ff.
- 2 Das gilt insbesondere mit Blick auf das neue Verfahren der Zusammenarbeit bei Beschlüssen zur Vollendung des Binnenmarktes, wo eine absolute Mehrheit des EP nicht unerhebliche Einwirkungsmöglichkeiten hat.
- 3 Das zeigt das neue Labour-Programm unter dem Titel "Looking to the Future. A dynamic economy, a decent society, strong in Europe".
- 4 "Le poing et la rose" (das Organ der Sozialistischen Partei Frankreichs) hat in seiner Ausgabe Nr. 132 vom März 1990 den Verlauf des 17. Kongresses des Bundes ausführlich dokumentiert; das 50-seitige Heft enthält wichtige Reden und die angenommenen Resolutionen.
- 5 Vgl. auch die Beiträge von Peter Hort, Bernhard Seidel und Werner Weidenfeld in diesem Band.
- 6 Hier ist eine Aussage aus dem Beitrag des Verfassers im Jahrbuch 1988/89 (auf S. 246) zu korrigieren.
- 7 Darin kommt auch eine gewisse Erschöpfung der personellen und sachlichen Ressourcen der Mitgliedsparteien sowie des Generalsekretariats der ELDR zum Ausdruck. In der Phase nach einem engagiert geführten Wahlkampf zum EP wird das besonders spürbar.
- 8 Seit den Direktwahlen sind die folgenden Newsletter erschienen: Nr. 7 (Juni 1989), Nr. 8 (September 1989), Nr. 9 (Dezember 1989), Nr. 10 (Februar 1990) und Nr. 11 (März 1990).
- 9 Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs von EVP und EUCD: Jansen, Thomas: Die Europäische Union. Christlicher Demokraten 1987 – 40 Jahre nach ihrer Gründung, in: Jenninger, Philipp (Hrsg.): Unverdrossen für Europa. Festschrift für Kai-Uwe von Hassel zum 75. Geburtstag. Baden-Baden 1988, S. 147–157, hier: S. 153 ff.
- 10 Eine Übersicht, die den Stand der Entwicklung zu Beginn des Jahres 1990 wiedergibt, enthält EVP-Bulletin Nr. 1/Februar 1990.
- 11 Vorsitzender dieser Arbeitsgruppe war der Präsident der niederländischen CDA Wim van Velzen.
- 12 Über die bei der EVP angestellten Überlegungen informiert EVP-Bulletin Nr. 3/September 1989, S. 3/4.
- 13 Diese Entwicklung verläuft parallel zu der im Europarat. Nachdem eine Reihe von osteuropäischen Staaten bereits den Status eines ständigen Gastes erworben haben, ist die Mitgliedschaft einzelner mittel- und osteuropäischer Staaten noch im Laufe des Jahres 1990 zu erwarten.
- 14 Die Resolutionen sind abgedruckt im EVP-Bulletin Nr. 4/Dezember 1989.

### Weiterführende Literatur

- Azcarate, Manuel: Die Europäische Linke. Wien 1989.
- Das Parlament, Nr. 24–25/1989, "Themenausgabe Europa-Wahl" mit einer synoptischen Übersicht über die Wahlprogramme der transnationalen Parteienzusammenschlüsse.
- Jansen, Thomas: Die Europäische Union Christlicher Demokraten 1987 – 40 Jahre nach ihrer Gründung, in: Jenninger, Philipp (Hrsg.): Unverdrossen für Europa. Festschrift für Kai-Uwe von Hassel zum 75. Geburtstag. Baden-Baden 1988, S. 147–157.